

34
83

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Oktober 1983

Wir stehen zu unserem Wort

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte vor dem Bundesvorstand der CDU (24. Oktober 1983), daß die von ihm geführte Bundesregierung die von seinem Vorgänger gegenüber den Verbündeten gegebenen Zusagen einhalten werde. „Wir stehen zu unserem Wort und werden gemeinsam mit unseren Freunden in der westlichen Allianz an dem 1979 gefaßten Doppelbeschluß der NATO festhalten.“ Sollte die Sowjetunion in Genf weiterhin eine Einigung blockieren, so bedeute dies die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und damit auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Dazu sind wir nicht nur durch die Versprechen der früheren Bundesregierung verpflichtet, sondern auch durch das überzeugende Votum der deutschen Wähler vom 6. März dieses Jahres ausdrücklich legitimiert. Keine Protestaktion könne darüber hinwegtäuschen, daß zwischen den Wahlen die Entscheidung über den Weg der deutschen Politik allein bei den vom Volk in freien Wahlen bestellten Abgeordneten liege. Es ist beängstigend, mitanzusehen, mit welcher Rücksichtslosigkeit sich die SPD der Verpflichtung entledigt, die sie als Regierungspartei eingegangen ist.

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat inzwischen zugegeben, das deutsche Volk und die Verbündeten vier Jahre lang über seine wahre Haltung zum NATO-

(Fortsetzung Seite 2)

■ SPD

Fürtherer MdB weist Willy Brandt auf die Konsequenzen seiner verhängnisvollen Politik hin Seite 3

■ KONJUNKTUR

Die Deutsche Mark ist wieder mehr wert Seite 4

■ FRIEDENSPREIS

Wer nur gegen Waffen protestiert, vergißt die Suche nach dem Feuerherd Seite 5

■ FINANZEN

Das erste Jahr der Regierung Kohl waren zwölf Monate des Schuttaraäumens Seite 7

■ EUROPA

Auch unsere europäischen Nachbarn sind auf Sparkurs gegangen Seite 11

■ KPV-KONGRESS

Politiker vor Ort müssen das Ohr am Volk haben Seite 13

■ DOKUMENTATION

Programm zur Jugendarbeitslosigkeit / Entwurf der Zukunftskommission Jugend grüner Teil

Doppelbeschluß getäuscht zu haben. Sein Lippenbekenntnis zum westlichen Bündnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Teile der SPD die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß nur als Station auf dem Weg aus dem Bündnis betrachten, stellte der Bundeskanzler fest. Wer das Atlantische Bündnis in Frage stellt, sichert nicht den Frieden, sondern gefährdet ihn.

Die Christlich Demokratische Union bedauert, erklärte Heiner Geißler, daß die sogenannte Friedensbewegung bei ihren

Wieder Landeslisten zur Europawahl

Der Bundesvorstand hat am Montag, 24. Oktober 1983, gemäß § 8 Abs. 2 des Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz) vom 16. Juni 1978 beschlossen, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) — wie bereits bei der Europawahl 1979 — auch bei der bevorstehenden Europawahl am 17. Juni 1984 als Wahlvorschläge „Listen für einzelne Länder“ einreicht.

Kundgebungen am vergangenen Samstag und auf ihrer Pressekonferenz am Montag eine erschreckende Einseitigkeit hat sichtbar werden lassen.

Die Veranstalter verschweigen die eigentliche Ursache des NATO-Doppelbeschlusses, nämlich die einseitige Überrüstung der Sowjetunion durch SS 20, und verharmlosen den totalitären Charakter der Sowjetunion, deren Ziel es ist, bei der Bevölkerung der freien westlichen Staaten Emotionen und Ängste zu schüren.

Die Organisatoren der sogenannten Friedensbewegung leisten diesem Ziel der Sowjetunion Vorschub, wenn sie gegen die Mehrheit des demokratisch gewählten Parlaments und die demokratische ge-

wählte Bundesregierung durch eine Steigerung außerparlamentarischer Aktionen auf der Straße und durch die Ankündigung weiterer rechtswidriger Blockaden einen politisch „heißen Herbst“ herbeiführen wollen.

Willy Brandt und andere Sozialdemokraten, die sich mit den Organisatoren dieser Bewegung solidarisieren, schaden dem westlichen Bündnis, da diese einseitigen Aktionen bei der sowjetischen Führung die Auffassung verstärken, die Sowjetunion könne ungehemmt weiterrüsten, ohne Konzessionen in Genf machen zu müssen, und es könne ihr gelingen, mit Hilfe dieser Bewegungen in Westeuropa das westliche Bündnis zu schwächen und auf die Dauer zu zerstören.

Die CDU wird auch in den kommenden Wochen mit Nachdruck die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und den Rechtsstaat verteidigen. Die politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland werden nicht auf der Straße, sondern durch das frei gewählte Parlament und die aus einer freien Entscheidung des Parlaments hervorgegangene Bundesregierung getroffen.

Die Christlich Demokratische Union ist in diesen nationalen Existenzfragen, einschließlich ihrer Haltung zum NATO-Doppelbeschluß, die einzige große geschlossene Partei. Sie hat für ihre Politik, wie die Bundestagswahlen am 6. März bewiesen haben, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes auf ihrer Seite.

Die CDU lehnt plebiszitäre Scheinaktionen, wie die angekündigte Volksbefragung, als verfassungswidrig ab. Die CDU wird ihre Informationsveranstaltungen „10 000 Friedenstage“ kontinuierlich fortsetzen.

Ohne Demonstrationen und Menschenketten abwerten zu wollen, hält die CDU dennoch Diskussion und Information für die bessere demokratischen Methoden als Massenaufmärsche.

Die CDU bekräftigt ihre Auffassung, daß durch den Beginn der Stationierung westlicher Waffen, wenn es in Genf zu keiner

SPD-MdB weist Willy Brandt auf Konsequenzen seiner verhängnisvollen Politik hin

Der SPD-MdB Horst Haase hat nach den Demonstrationen der sog. Friedensbewegung am Wochenende, auf der in Bonn auch der SPD-Vorsitzende Brandt sprach, an diesen nachfolgenden Brief geschrieben und zugleich eine Abschrift allen SPD-Abgeordneten zugeleitet (zitiert nach FAZ, 25. 10. 83). Horst Haase (Fürth) ist 1933 in Königsberg geboren, Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages und im Parlament seit 1972, Rechtsanwalt und Unterbezirksvorsitzender der SPD.

„Lieber Willy Brandt, die Wochenendnachrichten über die Protestkundgebung in Bonn ergeben, daß Du dort die SPD noch vor ihrem Bundesparteitag praktisch auf ein Nein zur Raketen aufstellung festgelegt hast.“ Haase sieht darin „zwei schwerwiegende Konsequenzen“: Entspannungspolitik habe nur erfolgreich sein können, „weil wir auch in den Augen unserer amerikanischen und europäischen Verbündeten zuverlässige Partner im Bündnis waren“. Haase unterstreicht die Gefahr eines von der Friedensbewegung auf die SPD übergehenden Abschiednehmens von der militärischen Integration in der Nato.

„Wenn der Kampf der SPD nach dem Beginn der Stationierung aber weitergehen soll, so richtet er sich zwangsläufig gegen unsere vollständige militärische Integration in das Bündnis. Dies ist dann nur noch ein nuancierter Unterschied zu Lafontaine. Deine Teilnahme an der Demonstration und Deine Rede dort signalisieren, daß Du für eine Fortsetzung des Kampfes des Bundestages zur Stationierung bist.“

Haase sieht die Gefahr eines „nationalen Neutralismus“ von der Friedensbewegung auf die SPD übergreifen. Ein weiterer „Gesichtspunkt“ seines Briefes ist für diesen Abgeordneten die Parlamentsentscheidung. Wenn eine parlamentarische Partei an einer Entscheidung im Parlament beteiligt gewesen sei, könne sie zwar auch hinterher diese Entscheidung für falsch halten, müsse sie aber respektieren.

Zur Erläuterung seines Briefes schreibt Haase weiter, er wolle nicht darüber streiten, ob man die Raketen militärisch brauche, wohl aber darüber, daß man sie politisch brauche. So heißt es in seinem Brief an Brandt: „Würden keine amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert, so wäre dies das erste Mal, daß nach einer politischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten die USA aus Westeuropa mit Hilfe einer deutschen politischen Bewegung herausgehalten würde.“

Vereinbarung kommen sollte, der Sowjetunion gegenüber ein deutliches Signal gesetzt werden muß, damit die sowjetische Führung ihrer einseitigen und massiven Überrüstung ein Ende setzt.

Jeder Bürger in der Bundesrepublik Deutschland hat am 6. März gewußt, daß die Christlich Demokratische Union sich ohne Vorbehalte für beide Teile des NA-

TO-Doppelbeschlusses einsetzen wird, und die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland haben in voller Kenntnis dieser politischen Position ihre Entscheidung gefällt. Wir weisen die undemokratischen Versuche der Organisatoren der sogenannten Friedensbewegung zurück, durch plebiszitäre Agitation eine verlorene Bundestagswahl durch die Hintertür wieder rückgängig machen zu wollen.

■ KONJUNKTUR

Die Deutsche Mark ist wieder mehr wert

Dank unserer gemeinsamen Anstrengungen ist die Deutsche Mark wieder mehr wert, wächst die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft und können wieder mehr deutsche Waren im Ausland gekauft werden, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand der CDU. Die vor kurzem noch von vielen für unwahrscheinlich gehaltene Erwartung auf ein Wirtschaftswachstum von möglicherweise über zwei Prozent im nächsten Jahr, signalisiere einen dauerhaften Aufschwung.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu stoppen und in Zusammenarbeit mit Industrie, Handel, Handwerk und Gewerkschaften fast 50 000 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, fügte der Bundeskanzler hinzu. Ein besonders erfreulicher Beweis für das Vertrauen der Bürger in die Politik der Bundesregierung sei die Tatsache, daß sehr viel mehr junge Menschen als noch vor einem Jahr den Versuch wagten, sich selbständig zu machen. Dieses Vertrauen wird die CDU nicht enttäuschen. Die jungen Selbständigen und auch alle anderen Mitbürger können sich darauf verlassen, daß wir die Politik der Sparsamkeit, der Wachstumsförderung und der sozialen Gerechtigkeit fortsetzen werden.

Zur Gemeinschaftsdiagnose der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann: Die fünf führenden deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute stellen fest, daß der konjunkturelle Erholungsprozeß in der deut-

schen Wirtschaft schneller und stärker abläuft als noch im Frühjahr von ihnen erwartet.

Es ist zu begrüßen, daß vom Wirtschaftsministerium über die Deutsche Bundesbank bis hin zum Institut der Deutschen Wirtschaft und dem Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitut des Deutschen Gewerkschaftsbundes Einhelligkeit in der Beurteilung der konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik Deutschland besteht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt auch mit Befriedigung fest, daß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nicht mehr wie in der Vergangenheit ausdrücklich auf einem ausgabewirksamen Konjunkturprogramm besteht. Lediglich die SPD kann sich nicht entschließen, konjunkturpolitische Realitäten zur Kenntnis zu nehmen.

Nach Ansicht der Institute wird das Brutto sozialprodukt in diesem Jahr real um 1 Prozent und im Jahre 1984 um 2 Prozent zunehmen. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel erwartet für das kommende Jahr sogar ein reales Wachstum von 2,5 bis 3 Prozent. Dabei verlagern sich die Auftriebskräfte von den Käufern der privaten Haushalte hin zu denjenigen der privaten Investitionen, der Bau nachfrage und des Exports. Insbesondere die Bedingungen für die privaten Investitionen haben sich deutlich verbessert.

Nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhöhen sich damit auch die Chancen für einen dauerhaften, sich selbst tragenden Aufschwung in den kommenden Jahren und die Chancen für dringend benötigte Arbeitsplätze. Das bedeutet aber, daß die für das kommende Jahr prognostizierte durchschnittliche Arbeitslosenrate von 2,4 Mio. Arbeitnehmern als Obergrenze anzusehen ist. Vor diesem Hintergrund müssen die Prognosen der sogenannten „Gegengutachter“, zu denen mittlerweile auch führende wirtschaftspolitische Vertreter der SPD gehören, als Horrorgemälde und wenig an der Realität orientiert bezeichnet werden.

FRIEDENSPREIS

Wer nur gegen Waffen protestiert, vergißt die Suche nach dem Feuerherd

Der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Manès Sperber, hat in seiner Dankrede für die Frankfurter Paulskirche zu aktuellen Fragen der europäischen Friedenssicherung unter anderem ausgeführt (die Rede wurde wegen Krankheit Sperbers von Alfred Grosser, Paris, verlesen):

Die Pazifisten sprechen gewöhnlich wenig von Kriegserlebnis, sondern ständig vom zerstörerischen Wahnwitz, von der fortandauernden Apokalypse und vom Grauen der Atomwaffen. Und wer könnte daran zweifeln, daß die Atomwaffen das Ungeheuerlichste darstellen, was der Mensch bisher erfunden hat, um Menschen zu töten und ihre Wohnstätten zu vernichten?

So ist es durchaus begreiflich, daß man zahllose Menschen, Männer und Frauen, dazu bringen kann, gegen die Atomwaffen Proteste zu unterschreiben, in Massensammlungen gegen sie zu demonstrieren, die Mitbürger vor der Gefahr eines Atomkrieges zu warnen und die Erzeugung und Aufstellung von Raketen zu verhindern.

Der Pazifismus ist in Europa keineswegs eine neue Erscheinung. Im vorigen Jahrhundert haben beinahe in allen Hauptstädten der Welt internationale Kongresse gegen den Krieg stattgefunden. Die bedeutendsten Intellektuellen der Zeit sind mit dageigewesen.

Doch es geht nicht nur um die vernichtende Kraft der Waffen — in jedem Krieg geht

es um legalisierten, ja anbefohlenen Mord an unschuldigen Menschen, ob man sie nun mit Hieb- und Stichwaffen, mit Hinterladern oder Repetiergewehren tötet, mit Kanonen oder mit Bomben, mit Gasen oder Kernwaffen vernichtet. Es kommt darauf an, unermüdlich zu erforschen: warum, wozu Krieg?

Wer, anstatt über die Quelle und die Gründe der Kriegsgefahr nachzudenken, seinen leidenschaftlichen Protest nur auf die Waffen, und wären es die mörderischsten, reduziert, vermeidet, bewußt oder unbewußt, die Suche nach dem Feuerherd und erliegt der heute weit verbreiteten Neigung, Mittel mit den Zielen zu verwechseln.

Ja, ich wiederhole es: Ich bin gegen jeden Krieg, ausnahmslos. Aber ich weiß, ich wußte es auch im Jahrzehnt des Dritten Reiches, daß ein totalitäres Regime sich gefährdet glaubt, solange es nicht seine grenzenlose Macht über die unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn — und eines Tages über den ganzen Planeten — ausbreitet.

In den dreißiger Jahren wurden meinesgleichen von Goebbels und seinen Tintenkulis als Kriegshetzer beschimpft, sooft wir davor warnten, den stetig wachsenden Forderungen Hitlers nachzugeben und durch Kapitulation am Ende den Krieg unvermeidlich zu machen. Und nun leben wir seit Jahrzehnten in der Ära pseudoideologischer Erpresser. Jeder aber sollte wissen, daß Erpresser um so mehr verlangen und um so bedrohlicher werden, je öfter man ihnen nachgegeben hat.

Ich spreche hier im Herzen eines Erdteils, dessen innere Zwiste im Verlaufe von 25 Jahren zwei Weltkriege hervorgerufen haben. Wie so manchem von denen, die von Ihnen seit 1951 preisgekrönt wurden, geht es auch mir vor allem um diesen unseren Erdteil, der mehr als nur im geographischen Sinne unsere Heimat ist. Ist diese selbst ungefährlich geworden, so bleibt Europa heute weit mehr gefährdet als je vorher. Ja, dieses alte Europa verdient es, nicht unterzugehen. Es hat aufgehört, eine Kolonialmacht zu sein, keinerlei Eroberung kann es mehr locken — endlich könnte dieser kriegswütige Erdteil zu einer vorbildlichen Friedensmacht werden.

Bleibt jedoch ein Faktum von unüberschätzbarer Bedeutung: Es teilt den gewaltigen Kontinent mit einem totalitären Imperium, dessen Herrscher ihre Diktatur so lange für gefährdet halten, solange sie sich nicht bis zu den Ufern des Atlantischen Ozeans, ja, wenn möglich über die ganze Erde ausbreitet.

Das liegt offenbar im Wesen des Totalitarismus, der Zwang, sich die ganze Welt untertan zu machen — all das mit ideologischen Verbrämungen, die zwar mit den Jahren zweifellos ihren Zauber und ihre Werbekraft verloren haben, aber nunmehr durch unheimliche Atomwaffendrohungen wirksamst unterstützt werden. Und daß dem so ist, beweisen, ohne es zu wollen, jene, die heute durch die Hauptstädte demokratischer europäischer Länder ziehen, um dagegen zu protestieren, daß in Europa Abwehrmittel gegen Erpressung, gegen die Drohung mit Atomwaffen zur rechten Zeit aufgestellt werden.

Ich will Sie in diesem Zusammenhang eindringlichst daran erinnern, daß während langer Jahrhunderte alle Bemühungen, die europäischen Völker in einem Staatenbund zu vereinigen, daran gescheitert sind, daß stets aufs neue der Kampf zumindest zweier Völker — der Deutschen und der Franzosen um die Vorherrschaft in Europa Zwietracht säte. Frankreich und

Deutschland wissen nun, daß sie ihr Heil keineswegs in einer nationalen Hegemonie über Europa finden könnten. Heute ist man diesseits und jenseits des Rheins davon überzeugt, daß nur dank dem Einverständnis aller das freie Europa gerettet werden könnte.

Wer jedoch glaubt und glauben machen will, daß ein atomwaffenloses, neutrales, kapitulierendes Europa für alle Zukunft des Friedens sicher sein kann, der irrt sich und führt andere in die Irre. Wer für die Kapitulation vor jenem bedrohlichen Imperium eintritt, das seit dem Zweiten Weltkrieg mehrere europäische Staaten in Satelliten verwandelt hat, irrt sich und führt andere in die Irre.

Da ich — wie so viele andere — stets dazu geneigt war, unsere Zivilisation mit unerbittlicher Strenge zu kritisieren, will ich heute um so lauter darauf bestehen, daß Europa sich trotz allem selbst retten kann, wenn es sich nicht dazu verführen läßt, sich gerade in einer Zeit aufzugeben, in welcher der Mut zur Menschlichkeit und zur Wahrheit den Mut zur Selbstbehauptung voraussetzt.

Jene, für welche die europäische Kultur mehr ist als ein beinahe unerträglicher Überanspruch; für jene, die mit allen Fibern, am geistigen Reichtum Europas hängen, bleibt der Unterschied zwischen diesem alten Kontinent und dem Amerika von heute, jener alten europäischen Kolonie, sehr bedeutsam. Es geht da kaum um Wertung oder Entwertung, sondern vielmehr um eine Identitätsfrage. Weder Rußland noch Amerika wären geworden, was sie sind, wenn Europa ihnen während langer Jahre nicht als Vorbild, als geistige Heimstätte oder als abschreckendes Beispiel gedient hätte.

Wer nun behauptet, daß Europa heute durch die Vereinigten Staaten von Amerika gleichermaßen wie durch das sowjetische Imperium gefährdet wird, ist in meinen Augen durch aggressive Undankbarkeit verblendet.

WIRTSCHAFT / FINANZEN

Das erste Jahr der Regierung Kohl Waren 12 Monate der Schuttaufräumung

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, gab dem Norddeutschen Rundfunk in der Sendung „Aus Politik und Parlament“ folgendes Interview (20. Oktober 1983):

Frage: Herr Dr. Dregger, vor einem Jahr ist die Regierung Kohl angetreten, um die Wende herbeizuführen. Jetzt hört man häufig die Kritik, die Wende sei in Wirklichkeit ausgeblieben; es sei keine echte Wende vollzogen worden. Was sagen Sie dazu.

Alfred Dregger: Es waren zwölf Monate des Schuttaufräumens. Die neue Regierung hat zwei Dinge erreicht: Die sausen-de Fahrt unseres Landes in den finanziel-len Abgrund ist insofern gestoppt, als die steil ansteigende Kurve des jährlichen Schuldenzuwachses im nächsten Jahr zum ersten Mal wieder nach unten weist und wir uns sogar schrittweise der Verschuldungsgrenze der Verfassung nähern. In den ersten 20 Jahren der Republik war der Schuldenzuwachs eines Jahres weniger als 1 Mrd., in diesem Jahr sind es 40 Mrd., im nächsten Jahr sollen es 37 Mrd. sein, davon werden allein 30 Mrd. benötigt, nur um die Zinsen für die Schulden zu bezahlen, die in den 70er Jahren aufgenom-men worden sind.

Wer glaubt, ein solches Problem in einem Jahr lösen zu können, der irrt sich. Es ist auch nicht in vier Jahren zu lösen. Dazu ist ein Jahrzehnt notwendig, um schrittweise zu einer soliden Finanzwirtschaft zurück-zukehren. Ich glaube, wenn die alte Regie-rung einen solchen Erfolg gehabt hätte wie wir, dann würden die Propaganda-

trommeln überhaupt nicht wieder einzu-kriegen sein.

Das zweite: Die wirtschaftliche Talfahrt ist insofern gestoppt, als wir die Phase des Minuswachstums — man hat ja das Ab-sinken ins Minus als „Wachstum“ bezeich-net — durch eine Phase des Pluswachstums abgelöst haben, es sind in diesem Jahr 1 bis 1,5 Prozent, im nächsten Jahr wahrscheinlich 2,5 Prozent. Das ist zu we-nig, aber keiner kann zaubern.

Frage: Wo sehen Sie insgesamt die weiterge-henden Erfolge dieser Bundesregierung, von der Sie meinen, daß sie zu schlecht dargestellt werden, und wie kann man sie besser darstel-len?

Alfred Dregger: Die Konsolidierungspoli-tik ist ein Fremdwort; man kann es auch als Gesundheitspolitik bezeichnen. Es hat nicht nur einen Haushalts-, einen fiskali-schen, einen Schuldenhintergrund, son-dern diese Politik hat auch ganz große wirtschaftliche und soziale positive Fol-gen. Die Bundesbank hätte die Zinsen nicht zweimal um einen Prozentpunkt sen-ken können und diese Zinspolitik, trotz steigender amerikanischer Zinsen, nicht fortsetzen können, wenn wir diese Gesun-dungspolitik der Staatsfinanzen nicht be-trieben hätten. Und daß es uns gelungen ist, die jährliche Geldentwertungsrate un-ter 3 Prozent zu drücken — bei der alten Politik wären es mindestens fünf bis sechs Prozent — dies ist ebenfalls ein au-ßerordentlicher Erfolg.

Das ist genausoviel wert wie eine weitere Rentensteigerung um 2 Prozent. Ich finde, daß 2 Prozent Geldentwertung mehr oder

weniger sozial und wirtschaftlich von größerer Bedeutung ist als irgendwelche Einzelmaßnahmen, die in einem Teilgebiet wirken könnten.

Aber das der Öffentlichkeit zu vermitteln, ist schwierig. Wir haben eine Diätenerhöhung beschlossen, die viel Kritik findet. Wir haben unsere Diätenerhöhung angeknüpft an die Steigerung des Volkseinkommens dieses Jahres. Und zwar machen wir das in der Weise, daß wir nach dem Anteil der Gesamtbevölkerung die Steigerungsraten zugrunde legen.

Es war auch für mich eine Überraschung, daß die stärkste Steigerung bei den Renten stattfindet, 5,4 Prozent plus in diesem Jahr. Wenn Sie die Rentner fragen, dann meinen sie, die Renten werden gekürzt, wovon überhaupt nicht die Rede sein kann. Wirklichkeit und Bewußtsein weichen leider sehr voneinander ab, und das Bewußtsein entfernt sich von der Wirklichkeit nicht zugunsten der Regierung, sondern zu Lasten der Regierung, und das müssen wir aufarbeiten, denn wir müssen auch die Menschen mit dem berechtigten Vertrauen erfüllen, das sie haben können.

Frage: Sie haben jetzt auf das Stichwort Wende nur von den wirtschaftlichen Dingen gesprochen. Es war aber auch der Anspruch auf eine geistig-moralische Wende erhoben worden. Hat es diese denn gegeben, oder soll sie noch kommen?

Alfred Dregger: Nun, die wirtschaftliche und finanzielle Wende braucht Zeit. Ich habe gesagt, die Rückkehr zu einer soliden Finanzwirtschaft braucht ein Jahrzehnt. Die geistig-moralische Wende, die braucht noch mehr Zeit. Das ist auch nicht eine Sache, die eine Regierung allein bewirken kann. Sie kann Anstöße dazu geben. Daran müssen sich alle beteiligen, die Verantwortung für dieses Volk tragen, für dieses Land tragen. Und das erste, das dazu notwendig ist, ist die Rückkehr zur Wirklichkeit, sowohl was unsere wirtschaftliche und was finanzielle Entwicklung angeht.

Man kann nicht den höchsten Lebensstandard, den höchsten Massenwohlstand der Welt haben, wenn man — als ein von Natur aus armes Land — auch nicht in der Leistungsspitze ist. Wir dürfen uns nicht überholen lassen. Man kann sich hier in dieser Region Europas nicht behaupten — gegenüber einer imperialistischen Weltmacht wie der Sowjetunion mit ihren Satelliten —, wenn man die Wirklichkeit verkennt. Wir brauchen das Bündnis mit den USA. Und auch das haben viele vergessen. Man vergißt die Notwendigkeit des Sauerstoffs, wenn man ihn ausreichend besitzt; und man vergißt den Wert der Freiheit, wenn man sie ausreichend besitzt.

Auch hier geht es darum, in die Wirklichkeit zurückzukehren und dann dazu beizutragen, daß unser Volk in einer gefährlichen Welt in Frieden und Freiheit überlebt. Das ist unsere Politik.

Pressefreiheit schützen

Scharfe Kritik an der Forderung des Gewerkschaftstages der Druck- und Papierindustrie, „für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei privatwirtschaftlichen Medien einzutreten“, übte der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Dieter Weirich. Wer für die Beseitigung der privatwirtschaftlich organisierten Presse eintritt, hat ein gestörtes Verhältnis zur Verfassung und zur Pressefreiheit. Dort, wo die Presse privat organisiert ist, ist sie wirklich frei. Beim Deutschen Journalistenverband (DJV), der auch über die Bildung einer einheitlichen Mediengewerkschaft nachdenkt, sollte dieser Beschluß der IG Druck und Papier neue Nachdenklichkeit auslösen. Wer sich wie die IG Druck und Papier mit radikalen Ideologien selbst ins Abseits stellt, fördert nicht die Partnerschaft, sondern heizt die Polarisierung ganz bewußt an.

INFORMATION

IG Druck: Streik ohne Urabstimmung?

Zu den Änderungen der Satzung der Industriegewerkschaft Druck und Papier im DGB, das Streikrecht betreffend, erklärte der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Otto Regenspurger, Mitglied des Innenausschusses: Die wesentlich erleichterten Bedingungen, unter denen künftig ein Streik ausgerufen werden kann, stehen in diametralem Widerspruch zum geltenden Streikrecht in seiner Ausformung durch die höchst Richterliche Rechtsprechung als Ausfluß der grundrechtlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit. Danach müssen Maßnahmen im Rahmen des Arbeitskampfrechts das äußerste Mittel sein, um die Interessen der Mitglieder nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten wirksam zu vertreten. Indem der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier die entsprechenden Satzungsbestimmungen gestrichen hat, kündigte er an, daß die Gewerkschaft sich künftig insoweit über das geltende Recht hinwegsetzen will. Daß es dabei auch nicht mehr ausschließlich um die Vertretung der Interessen der Mitglieder gehen soll, zeigt die umfassende Ermächtigung zur Ausrufung eines Streiks ohne Urabstimmung.

Behinderten Kindern soziales Umfeld möglichst erhalten

Die nötigen Hilfen zur Rehabilitation behinderter Kinder müssen möglichst nahe an die betroffenen Eltern herangetragen werden, um ihre Selbsthilfekraft zu stützen und um die Kinder in ihrem vertrauten sozialen Umfeld belassen zu können. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Jugend, Familie

und Gesundheit, Irmgard Karwatzki, erinnerte vor dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter in Münster daran, daß die heutigen Rahmenbedingungen vielfach andere Akzente bei der Rehabilitation erfordern als früher, wo die Schaffung von Heimstätten im Vordergrund stand, in denen die medizinische, schulische und berufsbildende Förderung in konzentrierter Form angeboten wird. Das heiße freilich nicht, so Irmgard Karwatzki, daß man auf die wichtige Arbeit herkömmlicher Einrichtungen verzichten könne — wie ja auch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit durch seine Förderungspraxis belege —, aber mit der Aufwertung wohnortnaher Hilfen gelte es neue Aufgaben anzugehen. „Dabei wird es auch auf geeignete Wege der Zusammenarbeit mit Eltern und Elternverbänden ankommen, um die persönliche Betroffenheit und das fachliche Können konstruktiv zu nutzen und zu verbinden“, unterstrich die Staatssekretärin.

Besserer Schutz gegen abscheuliche Videofilme notwendig

Abscheuliche Videofilme mit extremen Gewalttätigkeiten überschwemmen den Videomarkt. Mit brutalsten Grausamkeiten, menschenverachtenden Tötungshandlungen, widerlichsten Kannibalmus-Szenen und harter Pornographie machen skrupellose Hersteller und Händler ihr Geschäft. 45 Prozent der auf dem Markt befindlichen Videokassetten kommen aus der Programmkategorie „Horror, Krieg, Action“.

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen im Strafgesetzbuch (§ 131) und im Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften reichen nicht aus, bzw. sind zu schwerfällig, um den Gefahren, die von exzessiven Gewaltdarstellungen

gen für das menschliche Zusammenleben ausgehen, wirksam zu begegnen.

Da die Überflutung mit Horror und brutaler Gewalt nicht nur die Gefahr von Nachahmungstaten, insbesondere bei jüngeren Betrachtern, hervorruft, sondern auch zu einer Abstumpfung gegenüber der Gewalt beiträgt, muß alsbald eine Regelung gefunden werden, die bereits die übelsten Auswüchse unmenschlicher Gewaltdarstellungen ausmerzt, bevor die Videokassetten auf den Markt kommen, erklärten die Bundestagsabgeordneten Hermann Kroll-Schlüter und Roland Sauer (Stuttgart).

Bei der anstehenden Novellierung des Jugendschutzgesetzes werden wir bei den Videofilmen eine Kontrollmöglichkeit — ähnlich der Freigabe von Kinospielefilmen — im Vorfeld des Strafrechts und des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften vorschlagen, die den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jugendgefährdenden Darstellungen verbessert. Darüber hinaus nehmen wir den Standpunkt ein, § 131 StGB so zu ändern, daß eine so menschenverachtende Produktion erst gar nicht erstellt werden kann.

Mittelstand lehnt Fettsteuer ab

Auf seiner Vorstandssitzung hat sich der Bundesvorstand der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung mit dem Vorschlag der EG-Kommission für eine 12. Richtlinie zur Mehrwertsteuer-Harmonisierung befaßt. Der Vorstand lehnte dabei die jetzige Fassung der Richtlinie ab und forderte insbesondere eine mittelstandsgerechte Lösung der Abgrenzung von Geschäfts- und Privatausgaben.

Außerdem hat sich der MIT-Bundesvorstand mit der Einführung einer Europa-Steuer auf bestimmte Fette beschäftigt, die er aus folgenden Gründen als mittelstandsfeindlich ablehnt:

1. Die Einführung einer Sondersteuer ist ordnungspolitisch höchst bedenklich. Jede zusätzliche Steuer ist eine schlechte Steuer, weil sie die ohnehin kaum erträglichen Belastungen des Mittelstandes durch die Steuerbürokratie nur noch vergrößert.
2. Die Einführung einer neuen EG-Steuer ist ein untaugliches Mittel, um Überproduktionen zu unterbinden.
3. Die EG-Fettsteuer richtet sich in erster Linie gegen die mittelständischen Veredelungsbetriebe der Landwirtschaft, in denen zwei Drittel der landwirtschaftlichen Einkünfte in Europa erwirtschaftet werden.
4. Die Einführung einer EG-Fettsteuer führt zu einer erheblichen Verteuerung von Margarine und Speisefetten, deren Rohwaren zu 80% aus Drittländern eingeführt werden müssen. Die Europa-Fettsteuer trifft daher besonders die sozial schwächeren Verbraucherschichten in Europa.

Arbeitnehmer für neue Technologien gewinnen

Der Einsatz neuer Techniken sei nicht gegen die Arbeitnehmer möglich, sondern nur mit ihnen, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, in Berlin vor der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft.

Vogt forderte die Unternehmen auf, die Arbeitnehmer an den Entscheidungen über den Einsatz und die Verwendung neuer Techniken zu beteiligen. „Wenn Arbeitnehmer nur betroffen, nicht aber an den Entscheidungen beteiligt sind, welche die Arbeitswelt tiefgreifend verändern werden Ablehnung und Technikfeindlichkeit neue Anhänger gewinnen.“ Arbeitgeber wie Gewerkschaften müßten Vorbehalte gegenüber neuen Technologien abgeben.

■ EUROPA

Auch unsere europäischen Nachbarn sind auf Sparkurs gegangen

Nicht nur die Bundesrepublik hat nach dem Regierungswechsel im Oktober vergangenen Jahres auf den dringend notwendigen Sparkurs umgeschaltet. Auch Frankreich, die Niederlande und Italien haben den Haushaltsgürtel enger geschnallt. Disziplin bei den Ausgaben gepaart mit teils drastischen Steuererhöhungen (die es in der Bundesrepublik nicht gibt) — so heißt dort die Devise. Dies ist eine zusätzliche Stütze der Bonner Regierung in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit der Opposition: selbst sozialistische Regierungen sehen derzeit keinen anderen Weg mehr, als die Sünden der Vergangenheit durch Sparsamkeit und höhere Einnahmen zu heilen. Nachfolgend eine Übersicht aus „Bericht aus Bonn“, Wirtschafts- und Sozialpolitische Berichte:

Frankreich: Fühlbare Steuererhöhungen

Der Regierungsentwurf des französischen Staatshaushalts 1984 sieht gegenüber 1983 eine Steigerung der Ausgaben um 6,3% auf 937,8 Mrd. Franc und der Einnahmen um 8,4% vor. Das Defizit beträgt 125,8 Mrd. Franc nach 117,8 Mrd. Franc 1983 und beläuft sich damit wie 1983 auf rund 3% des Bruttosozialprodukts.

Schwerpunkte bei den Ausgabensteigerungen sind Forschung (Steigerung + 15,5%), Arbeitsplatzbeschaffung (+ 23%) und Industrie (+ 19,2%). Aber am stärksten müssen die Ausgaben für

den Schuldendienst (+ 20%) angehoben werden.

Gleichzeitig werden eine Reihe von Steuern fühlbar erhöht:

Die Zusatzsteuer (Solidaritätsabgabe) zur Einkommensteuer, die 1983 7% der den Betrag von 28 000 Franc übersteigenden Steuer betragen hatte, soll nun 5% des gesamten Steuerbetrages ausmachen, wenn dieser zwischen 20 000 und 30 000 Franc liegt. Hinzu kommen 8% Zuschlag auf den 30 000 Franc übersteigenden Steuerbetrag.

Abzugsfähige Sonderausgaben wie Lebensversicherungsbeiträge, Schuldzinsen im Wohnungsbau, Energiesparaufwendungen werden umgewandelt in einen Abzug von der Steuer.

Die Erbschaftsteuer wird fühlbar erhöht.

Die 1983 eingeführte Sonderabgabe von 1% des Einkommens zur Finanzierung des Defizits der Sozialversicherung wird auch 1984 erhoben. Der Rentenversicherungsbeitrag wird um einen Prozentpunkt erhöht.

Bei der Vermögensteuer erfolgt die endgültige Befreiung des Betriebsvermögens von der Steuerpflicht sowie eine Inflationsanpassung des Tarifs.

Auch die gesetzlich vorgeschriebene Inflationsanpassung des Einkommensteuertarifs wird vorgenommen.

Die geplante Erhöhung der Ausgaben um nominal 6,3% (1982: 27%; 1983: 11,8%) bedeutet real kaum eine Steigerung, da mit gleichen Preissteigerungen für 1984

gerechnet wird. Dagegen wird die Steuer- und Sozialabgabenquote 1984 um 1- bis 1,5%-Punkte auf rund 46% des Bruttosozialprodukts ansteigen.

Italien: Weniger Ausgaben, höhere Steuern

Auch Ministerpräsident Craxi versucht zu sparen und will für 1984 unter dem Motto „Politik der Strenge“ eine Mixtur aus rigoroser Sparpolitik und Steuererhöhungen vorlegen. So soll das Haushaltsdefizit auf 92 Mrd. Lire oder rd. 15% des Bruttosozialprodukts beschränkt werden.

UMRECHNUNGSKURSE

eine DM = 3,06 Franc

eine DM = 608,64 Lire

eine DM = 1,12 Gulden

(Durchschnittswert im Verkauf)

zialprodukts beschränkt werden. Dazu sollen Steuererhöhungen von 12,9 Mrd. Lire und Ausgabenkürzungen von 34,8 Mrd. Lire beitragen. Diesen Zahlen liegen allerdings ehrgeizige Schätzungen über den Wirtschaftsverlauf im Jahre 1984 zugrunde: So wird eine Steigerung des realen Bruttosozialprodukts um 1,5% unterstellt, die Inflation hofft man von 15,5% auf 10,5% senken zu können.

Ausgabenkürzungen sind vorgesehen beim Kindergeld (höhere Einkommen), den Altersbezügen (Eingriff in die Rentendynamik) und den Zuschüssen zur Krankenversicherung (höhere Eigenbeteiligung); ferner im Verteidigungsbereich sowie für Erziehung und Schule. Angehoben werden dagegen die Mittel für Investitions- und Beschäftigungsfonds.

Der Körperschaftsteuersatz wird von 30% auf 36% angehoben. Bereits in Kraft getreten ist die Erhöhung der Quellensteuer auf Kapitalerträge von 20% auf 25%. Außerdem soll der „einmalig“ für 1982 und 1983 geltende Zuschlag von 8% auf den Steuerbetrag der lokalen Ertragsteuer (15%) auch 1984 weiter erhoben werden.

Niederlande: Ausgabenkürzungen und Steuererleichterungen

Die niederländische Regierung versucht — ähnlich wie die Regierung der Bundesrepublik — eine angebotsorientierte Politik. So sollen die Ausgaben um rund 10,6 Mrd. Gulden gekürzt werden durch:

Globale Kürzungen im Ausgabenvolumen aller Ministerien, schwergewichtig beim Erziehungswesen, im Sozialbudget, bei Gesundheit und Kultur;

Kürzungen der Gehälter im öffentlichen Dienst um insgesamt 5,5%;

Kürzungen der Staatsbeiträge zur Krankenversicherung und Abbau der Sozialversicherungsleistungen bei gleichzeitiger Verringerung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung.

Trotzdem wird der Haushalt mit einem Fehlbetrag von 35,9 Mrd. Gulden abschließen, nach 33,4 Mrd. in 1983. Die Neuverschuldung wird 8% des Bruttosozialprodukts ausmachen.

Gleichzeitig sind für die Unternehmen Steuererleichterungen in Höhe von rund 3 Mrd. Gulden vorgesehen:

Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 48% auf 43%;

Steuersenkungen für Selbständige, Klein- und Mittelbetriebe.

Finanziert werden diese Steuererleichterungen durch folgende Steuererhöhungen vor allem beim Verbrauch:

Die Umsatzsteuer von 18% auf 19%.

Die Verbrauchsteuern auf Tabak und Branntwein.

Bei der Einkommensteuer ist geplant, in den unteren Einkommensgruppen eine Tarifsenkung durchzuführen und zusätzlich eine Sonderabgabe für höhere Einkommen zu erheben.

Trotz dieser Steuererhöhungen soll die Abgabenbelastung von derzeit 46% im kommenden Jahr leicht absinken.

KPV-KONGRESS

Politiker vor Ort müssen das Ohr am Volke haben

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands will zusammen mit der neuen Bundesregierung, den Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden vielfältige Initiativen ergreifen, um die schwierige Situation der Gemeinden zu überwinden. Die KPV hat daher ein kommunalpolitisches Schwerpunktprogramm ausgearbeitet, das auf der Bundesvertreterversammlung vom 20. bis 22. Oktober 1983 in München (Motto: Den Bürgern Heimat geben) von den Delegierten verabschiedet wurde.

In seiner Begrüßungsansprache sagte der mit überwältigender Mehrheit zum 6. Male wiedergewählte Vorsitzende der KPV, Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: „Wir unterstützen den Kurs der Bundesregierung zur Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte. Es muß eine dauerhafte, solide Entwicklung der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen erreicht werden. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist immer die beste Aktion für die kommunalen Finanzen.“

Wie bedeutsam die Bundesregierung die Arbeit der Kommunalpolitiker nimmt, zeigt die Anwesenheit von vier Bundesministern auf dem Kongreß. Es sprachen Familienminister Heiner Geißler, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Innenminister Friedrich Zimmermann und Wohnungsbauminister Oscar Schneider. Waffenschmidt betonte, daß die SPD-geführte Bundesregierung jahrelang einen finanz-

politischen Verschiebebahnhof zu Lasten der Gemeinden durchgeführt hat. Unvergessen sei die sogenannte Operation 82 der Regierung Schmidt, wo Tausende beim Arbeitsamt abgemeldet und der Fürsorge des Sozialamtes überlassen wurden. Diese Aufgaben belasten noch heute die Gemeinden in wachsendem Maße.

Wenn die SPD jetzt ständig neue Pläne vorlege, was man alles besser machen könne, so müsse deutlich gemacht werden: 13 Jahre hatte die SPD Zeit, in der Regierung ihre Rezepte zu verwirklichen. Das Fazit ihrer Politik: Viel versprochen und wenig gehalten. Waffenschmidt verurteilte auch die Anträge der SPD und Grünen auf Bildung sogenannter atomwaffenfreier Städte und Gemeinden: Mit solchen Initiativen für atomwaffenfreie Städte und Gemeinden wird der Frieden unseres Landes nicht sicherer.

Nach dem vom Kongreß verabschiedeten Schwerpunktprogramm sind folgende Aufgabenbereiche vorrangig:

- a) Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte, wie schon 1980/81 von den Kommunalen Spitzenverbänden vorgeschlagen.
- b) Klare Koordination von Fach- und Finanzplanung bei Bund, Ländern und Gemeinden.
- c) Freiraum, Unterstützung und Vorrang für Privatinitiative, freie Träger und ehrenamtliche Mitarbeit im örtlichen Bereich.

U. a. sind dazu folgende Aufgaben besonders bedeutsam:

Die Gewerbesteuer ist nach wie vor eine der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden, und deshalb begrüßen die Kom-

munalpolitiker von CDU und CSU auch die Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Städtetag, daß die Gewerbesteuer als bedeutsame kommunale Steuer weiterhin bestehenbleibt. Die Gemeinden brauchen eine verlässliche Rahmenbedingung für ihre Finanzwirtschaft. Deshalb müssen die bestehenden Möglichkeiten bei den Steuereinnahmen so lange gesichert werden, bis eine bessere Alternative gefunden ist.

Ab 1. Januar 1983 erhalten die Länder vom Bund zusätzliche Finanzmittel. U. a. hat der Bund auf die sogenannte Kindergeldmilliarde verzichtet und den Ländern außerdem ein Prozent mehr von der Umsatzsteuer überlassen. Ab 1. Januar 1984 erhalten die Länder ein weiteres Prozent von der Umsatzsteuer, außerdem erzielen die Länder Mehreinnahmen durch die allgemeine Anhebung der Mehrwertsteuer ab 1. Juli 1983. Von diesen Finanzmitteln, die den Ländern durch Beschlüsse des Bundes zufließen, sollten sie den Gemeinden entsprechende Anteile weitergeben und nicht wie in NRW um eine Milliarde kürzen.

Ein wichtiges Problem sind die steigenden Kosten der Sozialhilfe. Die Ausgaben der Gemeinden sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Von rd. 2 Mrd. DM 1968 stiegen sie auf rd. 18 Mrd. DM 1982. Im Interesse der wirklich Hilfsbedürftigen und der Gemeinden muß eine baldige Reform der Sozialhilfe erfolgen. Eine Sicherung der kommunalen Einnahmen hilft den Gemeinden wenig, wenn die Ausgaben hier explodieren. Die Kommunalpolitiker der Union fordern daher die Bundesregierung auf, die begonnenen Arbeiten zur Neufassung des Sozialhilferechts zügig zu einem Ergebnis zu führen. Die Reformbemühungen müssen sich an folgenden Vorstellungen orientieren:

a) Sicherung des laufenden Lebensunterhalts für die wirklich Bedürftigen, Überprüfung des stark ausgeweiteten Katalogs der vielfältigen Hilfen in besonderen Lebenslagen.

b) Koordination der Sozialhilfe mit den anderen Systemen der sozialen Sicherung, damit ein sozialpolitischer und finanzpolitischer Verschiebebahnhof vermieden wird.

c) Koordination der Sozialhilfe mit der übri- gen Einkommensstruktur. Es darf nicht so sein, daß derjenige, der alle Fürsorgeleistungen in Anspruch nimmt, mehr Nettoeinkommen zur Verfügung hat, als derjenige, der täglich arbeitet und alle Steuern und Abgaben bezahlt.

d) Entlastung bei Pflegekosten und Heimunterbringung.

Für eine strukturelle Form des Sozialhilfebereichs sprach sich auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg aus. Vor den Delegierten sagte Stoltenberg, er fühle sich in der Pflicht, jede neue Gesetzesvorlage daraufhin zu überprüfen, ob diese Mehrbelastungen im kommunalen Bereich mit sich bringe.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann ging vor dem Kongreß besonders intensiv auf Fragen des Ausländerrechts ein, gab eine Bilanz der umweltpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung und sprach sich ferner für eine weitere Entbürokratisierung der Behörden aus. In diesem Zusammenhang kündigte er die Berufung einer unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung an.

Die Kommunalpolitiker der Union haben außerdem eine grundlegende Vereinfachung des Baurechts gefordert. Die viel zu komplizierten und verzweigten Rechtsgrundlagen müßten harmonisiert und zusammengefaßt werden, heißt es in einer Entschließung. Bundesbauminister Oscar Schneider forderte städtebauliche Nachbesserungen in den Neubausiedlungen der 60er und 70er Jahre. In der Stadterneuerung stecke ein großes Beschäftigungspotential, deshalb habe die Bundesregierung die Mittel dafür in diesem Jahr auf 280 Millionen DM angehoben.

STICHWORT

Subventionen

Staatliche Subventionen umfassen Finanzhilfen (direkte Subventionen) und Steuervergünstigungen (indirekte Subventionen). Sie sind im einzelnen im Subventionsbericht aufgeführt, der alle zwei Jahre von der Bundesregierung vorgelegt wird. Gesetzliche Grundlage hierfür ist der § 12 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes.

Der Subventionsbericht gibt Auskunft über Geldleistungen des Bundes an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung. Die Finanzhilfen dienen

1. der Erhaltung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen,
2. der Anpassung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen an neue Bedingungen und
3. der Förderung des Produktivitätsfortschritts und des Wachstums von Betrieben oder Wirtschaftszweigen, insbesondere durch Entwicklung neuer Produktionsmethoden und Einrichtungen.

In entsprechender Gliederung wird eine Übersicht der Steuervergünstigungen zusammen mit den geschätzten Mindereinnahmen beigefügt.

§ 12 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes schreibt ebenfalls vor, die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen in Erhaltung-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen aufzugliedern. Wesentliches Merkmal der Anpassungshilfen ist, daß sie auf eine Veränderung bestehender Strukturen von Betrieben oder Wirtschaftszweigen abzielen und sich durch ihre positiven Wirkungen nach einiger Zeit selbst entbehrlich machen. Subventionen, die nicht ausdrücklich an strukturverändernde Umstellungen gekoppelt sind, werden als Erhaltungshilfen angesehen. Diese Hilfen werden insbesondere aus verteilungs- und versorgungssichernden Gründen in der Landwirtschaft und im Bergbau gewährt. Soweit finanzielle Hilfen der Förderung des Produktivitätsfortschritts und

des Wachstums dienen sollen, werden sie als Produktivitätshilfen ausgewiesen. Subventionen, die nicht in erster Linie Betrieben oder Wirtschaftszweigen zugute kommen, werden als sonstige Hilfen bezeichnet. Sie fließen vor allem privaten Haushalten zu.

Das Subventionsvolumen des Bundes betrug 1982 27,2 Milliarden DM, auf die Finanzhilfen entfielen 13,2 Milliarden DM und auf die Steuervergünstigungen 14 Milliarden DM. Die Schwerpunkte der Finanzhilfen lagen bei der gewerblichen Wirtschaft, die 3,7 Milliarden DM erhielt und im Bereich des Wohnungswesens mit 3,5 Milliarden DM. Bei den Steuervergünstigungen stand ebenfalls die gewerbliche Wirtschaft mit 10,9 Milliarden DM an erster Stelle, gefolgt vom Wohnungswesen und Städtebau mit 7,1 Milliarden DM.

Den größten Teil der Subventionen erhielten 1982 die privaten Haushalte mit 14,6 Milliarden DM oder 53,8%; die Betriebe und Wirtschaftszweige erhielten entsprechend 46,2% bzw. 12,6 Milliarden DM.

1984 werden die Subventionen allein den Bundeshaushalt voraussichtlich mit rund 29 Milliarden DM belasten. Daher ist die Überprüfung von Subventionen nicht nur aus ordnungs- und wachstumspolitischen, sondern auch aus finanzpolitischen Gründen erforderlich. Um die Sanierung der Staatsfinanzen zu erreichen und die Wiederbelebung der Wirtschaft dauerhaft zu gewährleisten, strebt die Bundesregierung im Finanzplanungszeitraum bis 1987 eine enge Begrenzung des Ausgabenanstiegs und deutliche Rückführung der jährlichen Neuverschuldung an. Hierzu gehört auch eine weitere kritische Überprüfung von Subventionen und subventionsähnlichen Leistungen mit dem Ziel eines Abbaus. Die Bemühungen um eine Reduzierung von Subventionen, bei denen der Bund seit 1981 rund 3,5 Milliarden DM eingespart hat, werden konsequent fortgesetzt, obwohl ein Abbau in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders schwer zu bewerkstelligen ist.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

2. 11. *Junge Union Rheinland*
Landesvorstand, Leverkusen
- 3./4. 11. **CDA Bund**
Bundessozialsekretärskonferenz,
Königswinter
3. 11. *LV Oldenburg*
Landesvorstand, Oldenburg
3. 11. *Junge Union Oldenburg*
Landesvorstand, Oldenburg
4. 11. *LV Westfalen-Lippe*
Landesvorstand, Dortmund
7. 11. *Frauenvereinigung Saar*
Landesvorstand, Saarbrücken
7. 11. *LV Rheinland-Pfalz*
Landesvorstand, Mainz
8. 11. **CDU Bund**
Europäischer Friedenskongreß,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
10. 11. *CDA Nordrhein-Westfalen*
Arbeitnehmergruppe NW,
Düsseldorf
- 11./13. 11. **Junge Union Bund**
Deutschlandtag, München
11. 11. *BV Württemberg-Hohenzollern*
Bezirksvorstand, Bad Buchau
11. 11. *CDA Schleswig-Holstein*
Landesvorstand
mit den Kreisvorsitzenden, Kiel
11. 11. *LV Saar*
Landesvertreterversammlung
zur Aufstellung der Landesliste
- zur „Europawahl 1984“,
Saarbrücken
12. 11. *BV Württemberg-Hohenzollern*
Bezirksparteitag und
Bundesvertreterversammlung,
Bad Buchau
12. 11. *BV Nordbaden*
Bezirksvertreterversammlung,
Ettlingen
14. 11. *LV Baden-Württemberg*
Landesvorstand, Stuttgart
15. 11. *CDA Schleswig-Holstein*
Landesvorstand, Kiel
- 18./19. 11. *LV Schleswig-Holstein*
36. Landesparteitag,
Timmendorfer Strand
18. 11. *KPV Hessen*
Landesvorstand,
Hessisch Lichtenau
19. 11. *EAK Rheinland*
Landesversammlung, Velbert
19. 11. *LV Rheinland-Pfalz*
Europatag, Mainz
19. 11. *MIT Oldenburg*
Landestag, Wilhelmshaven
19. 11. *KPV Hessen*
Vertreterversammlung,
Hessisch Lichtenau
21. 11. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn
21. 11. **CDU Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
23. 11. *Frauenvereinigung Saar*
Öffentliche Veranstaltung:
„Familiensplitting“, Saarbrücken

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann, 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD